

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
MARC PATZWALD

Februar 2016

www.kas.de/frankreich

François Fillon macht Frankreich fit

THESEN AUS DEM BUCH „FAIRE“ DES EHEMALIGEN PREMIERMINISTERS

François Fillon, Premierminister Frankreichs zwischen 2007 und 2012, möchte bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 als Kandidat seiner Partei „Les Républicains“ antreten. Diese werden ihren Präsidentschaftskandidaten im Rahmen von Vorwahlen im November 2016 ermitteln. Bereits im vergangenen Herbst hat Fillon ein Buch mit dem Titel „Faire“ („Machen“) veröffentlicht und seinen Willen zur Kandidatur auf diese Weise auch inhaltlich untermauert. Im folgenden Bericht werden die Thesen von Fillons Buch vorgestellt.

Für den Fall, dass die Franzosen François Fillon im Mai 2017 zu ihrem neuen Staatspräsidenten wählen, möchte der frühere Premierminister umgehend ein Sofortprogramm in die Wege leiten. Die ersten drei Monate nach seiner Amtseinführung sollen von Reformen und Referenden dominiert werden: Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden, Einführung der Rente mit 65 und ein vereinfachtes Arbeitsrecht.

Mitte September 2017 will Fillon die Franzosen dann über die Einwanderung und die Modernisierung Frankreichs abstimmen lassen. „Ich möchte eine Einwanderungspolitik mit Quoten“, schreibt Fillon. Diese Quoten sollten sich an den Qualifikationen der Einwanderer und ihren Herkunftsregionen orientieren. Jedes Jahr solle das Parlament neu über sie abstimmen.

Zur Modernisierung Frankreichs gehört für Fillon die Aufhebung der Regionalreform von Präsident François Hollande, der zwar die Anzahl der Regionen von 22 auf 12 verrin-

gert, aber die Anzahl der Verwaltungsebenen belassen hat. Zwei statt vier Verwaltungsebenen fordert er – die bisherigen Départements sollen in den Regionen aufgehen, die Kommunen sollen in größeren Einheiten zusammengefasst werden.

Gleichzeitig sollen die Franzosen über die Zahl der Parlamentarier und Senatoren abstimmen. Wenn es nach Fillon geht, würden die Parlamentarier von 577 auf 400 und die Senatoren von 343 auf 200 schrumpfen. Die Idee dahinter: Den Abgeordneten mehr Verantwortung und mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ermöglichen. Wie deutsche oder britische Abgeordnete soll jeder über einen eigenen Mitarbeiterstab verfügen.

1954 wurde Fillon in Le Mans im Nordwesten Frankreichs im Département Sarthe geboren. Mit 27 Jahren wurde er jüngster Parlamentarier, von 1983 bis 2001 war er auch Bürgermeister von Sablé und von 1993 bis 1995 sowie 2004 bis 2005 Forschungs- und Hochschulminister. Neben weiteren Funktionen wurde er vor allem als Premierminister (2007 bis 2012) bekannt. Der fünffache Vater war zuletzt Co-Präsident der UMP, bevor Nicolas Sarkozy als Parteichef zurückkehrte und die Partei in „Die Republikaner“ umbenannte.

Wie der Titel seines Buchs schon suggeriert, sieht sich Fillon als „Macher“. Als derjenige, der Frankreich wieder auf die Beine hilft, den Franzosen Selbstvertrauen zurückgibt, die Wirtschaft wieder ankurbelt und dafür sorgt, dass die „grande nation“ wieder zur ersten Macht in Europa wird.

Reformen für Frankreich

Die Schuld für die momentane wirtschaftliche Situation Frankreichs sucht Fillon nicht nur bei den Sozialisten: „Linke oder Rechte, wir teilen alle die Verantwortung.“ Der hohe Schuldenstand bedrohe Frankreichs Unabhängigkeit. Nur die politische Linke glaube daran, Schulden zu machen, um aus den Schulden herauszukommen, betont der frühere Premierminister. Seinem Plan zufolge, den er selbst als radikal bezeichnet, sollen sich die Staatsausgaben innerhalb von zwei Jahren stabilisieren, die Wirtschaft soll innerhalb von fünf Jahren auf die Beine kommen und Frankreich selbst in zehn Jahren zur Führungsmacht Europas werden.

Damit dies gelingen wird, will der frühere Premierminister zwischen 2017 und 2022 rund 110 Milliarden Euro einsparen und so mit dem Schuldenabbau beginnen. Der Öffentliche Dienst soll schrumpfen. Neben der Erhöhung der Arbeitszeit, der Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie dem Umbau der Regionen will Fillon die Situation für Unternehmer erleichtern. Dazu will er unter anderem die Arbeitskosten senken und den vom früheren sozialistischen Premierminister Jean-Marc Ayrault gestarteten Wachstumspakt vereinfachen sowie neugestalten. Dazu gehören auch steuerliche Erleichterungen für den Arbeitgeberanteil an den Sozialkosten. Die Reichensteuer will er wieder abschaffen.

Auf die Frage, warum er nicht in seinen bisherigen politischen Ämtern seine Reformideen durchgesetzt hat, erläutert er die Rolle des Premierministers. „Der Premierminister muss dem Präsidenten folgen“, erklärt Fillon. Er sei derjenige gewesen, der im Maschinenraum dafür sorgen musste, dass alles funktioniere. Seine Beziehung zu Sarkozy sei zwar nicht so problematisch gewesen, wie vielfach behauptet. Hätten Sarkozy und er sich wirklich nicht verstanden, wäre er nicht Premierminister geblieben. Allerdings habe Fillon auch nicht alle Ideen Sarkozys geteilt. „Alle diese Reformen waren vielleicht nicht perfekt, sie gingen vielleicht nicht so weit wie sie sollten, aber sie haben gezeigt, dass unser Land bereit war, sich zu erneuern.“

Freiheit an den Schulen

Unabhängigkeit und mehr Freiheit fordert Fillon auch für die Bildung. Er will einen Rahmen schaffen, der es Studenten und Lehrenden vereinfacht, Start-ups zu gründen. Schulen sollen mehr Freiheiten erhalten – Personal nach ihren Wünschen einstellen, die Art wie die Schulstunden gefüllt werden sollen, Regeln und Disziplinarmaßnahmen. Eltern soll ein größerer Freiraum bei der Wahl der richtigen Schule für ihre Kinder ermöglicht werden. Zusätzlich will Fillon unter anderem die Schulpflicht mit fünf anstelle von sechs Jahren beginnen lassen und das Abitur auf vier Prüfungsfächer reduzieren – letzteres erinnert an das Abitursystem, wie man es etwa in Nordrhein-Westfalen findet. Auch will er für eine bessere Bezahlung der Lehrenden sorgen.

Die aktuelle Schulreform der französischen Regierung, die u.a. eine Verminderung des Deutsch-Unterrichts vorsieht, kritisiert er scharf: „Muss man den Unterricht von alten Sprachen und die bilingualen Klassen für einen absurden Kampf gegen Exzellenz abschaffen?“, fragt Fillon.

Moderne staatliche Strukturen

Mehr Wertschätzung, Unterstützung und eine bessere Ausrüstung fordert der mögliche Präsidentschaftskandidat auch für Polizei und Gendarmerie. „Es gibt nicht nur Kriminelle, die bei uns schlecht über Polizisten reden“, betont Fillon. Respektlosigkeit müsse bestraft werden. Zusätzlich könnte die Kameraüberwachung dazu beitragen, dass Polizisten mehr vor Ort im Einsatz sein könnten. Für Soldaten fordert der frühere Premierminister weniger Zeitverträge und mehr Jobgarantien – ähnlich wie bei den Lehrern bereits vorhanden.

Aber auch den Staat als solchen würde ein Präsident Fillon umkrepeln. Weniger Ministerien, maximal 15, am besten nur zehn. Er wirbt für E-Government, also die Möglichkeit, etwa Behördengänge übers Internet zu erledigen – das Ziel: eine papierfreie Verwaltung. Interessanter ist aber die neue Rolle, die er dem Staat in der digitalen Welt zuspricht: Er solle Daten sammeln und die-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

AUTOR

Monat 2007

Platz für Verlinkung

www.kas.de

se Daten Unternehmen zur Verfügung stellen, damit diese neue Services entwickeln könnten.

Die Rolle der Religionen

Der Glaube ist für Fillon wichtig. „Ich glaube an die Heiligkeit des Lebens, die mir der Katholizismus beigebracht hat, aber ich halte den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch für ein fundamentales Recht“, betont er. Die „Ehe für alle“, die in Frankreich für Lagerkämpfe gesorgt hat, werde kein Politiker, keine Mehrheit wieder zurücknehmen. „Man muss allerdings die Ausschweifungen des Gesetzes korrigieren“, erklärt er. Dazu gehöre, dass es kein Recht auf ein Kind gebe. Die Möglichkeit der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare Sorge dafür, dass ein Kind als Objekt gesehen werde, dass nur dazu da sei, die Eltern glücklich zu machen.

Fillon betont zudem, dass jede Religion sich Debatten stellen müsse und sie nicht in einer Art unabhängiger Enklave leben könne. Der öffentliche Raum müsse von der Vernunft und nicht von Dogmen geleitet werden – das gehöre zur Laizität. Allerdings habe sich in den vergangenen Jahren eine Art von aggressiver Laizität entwickelt. Sie sei nur ein Vorwand, um Muslimen nahezu alles zu verbieten. Die Franzosen hätten generell Angst, dass der Islam das Leben in Frankreich verändere. „Die muslimische Religion muss all das akzeptieren, was auch der katholische Glaube in den vergangenen Jahrzehnten akzeptiert hat“, betont Fillon. Das sei Laizität. Doch es gebe immer wieder Scheindebatten wie die um das Verbot des Schleiers an der Universität. Das greife in die individuelle Freiheit ein, erklärt der Präsidentschaftsbewerber und lehnt dies ab. Lediglich das Verbot des Schleiers für minderjährige Mädchen an der Schule sei richtig.

Beziehungen zu Russland

Fillon wünscht mehr Diplomatie und Dialog in der internationalen Politik. Das bedeute, auch mit Diktatoren und Autokraten zu reden. Zur Bekämpfung der Nazis hätten die demokratischen Staaten auch mit Stalin zusammenarbeiten müssen. „Bashar al-Assad

ist nicht die Zukunft Syriens, aber es ist eine Illusion zu glauben, dass Frieden ohne einen Dialog mit ihm hergestellt werden kann“, betont der ehemalige Premierminister.

Russland sei für die Europäer von überragender Bedeutung: „Europas Zukunft kann nicht ohne Russland gestaltet werden, ganz egal welche Regierung an der Macht ist und welche Vorzüge und Fehler sie hat“, betont Fillon. Um seine bisherige Erfahrung in außenpolitischen Themen hervorzuheben, weist er auf diverse Gespräche mit Wladimir Putin hin. Der russische Präsident sei zwar ein schwieriger, provozierender und manchmal brutaler Gesprächspartner, aber er stehe zu seinem Wort. Kein Treffen mit ihm sei formell: „Jedes ist ein Kampf, den er versucht für sich zu gewinnen“.

Fillon versucht Putins Beweggründe und Denkweisen darzustellen. Auch wenn man Putin in vielen Punkten widersprechen könne, zeigen sich laut Fillon doch zwei wichtige Aspekte im Umgang mit Russland: Vertrauen und Angst. Putin erwarte aufrichtige und klare Gespräche und er habe selbst Angst vor einem Machtverlust in einer Welt, die sich immer schneller verändert. Er müsse das Land im Inneren zusammenhalten und das gehe oft nur mit einer starken Rolle auf dem internationalen Parkett: „Es stellt sich nicht die Frage danach, wer Recht oder Unrecht hat“, schreibt Fillon. Vielmehr gehe es darum, wie man mit Russland, aber auch mit China umgehen sollte, um ein fruchtbares und vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen. Eine Antwort darauf liefert Fillon aber nicht.

Vielmehr weist der mögliche französische Präsidentschaftskandidat auf weitere Fehler des Westens hin. Es sei falsch gewesen, an Syrien während des „arabischen Frühlings“ dieselben Maßstäbe anzulegen wie an Tunesien. „Wir sind zum Teil mitverantwortlich für das monströse Erstarken des islamischen Staates.“ Der Westen denke immer nur im richtigen Lager zu sein und das Beste im Sinn zu haben, erläutert Fillon. Dabei habe aber der Westen häufig Staaten geschaffen, die nicht überlebensfähig seien. Russland agiert laut Fillon aber auch nicht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

AUTOR

Monat 2007

Platz für Verlinkung

www.kas.de

besser, weil es sich immer an alten Machtstrukturen klammere. „Vielleicht ist es jetzt Zeit, gegenseitig unsere Fehler anzuerkennen und über eine neue Beziehung zu Europa nachzudenken.“

In der Ukraine-Krise liegen laut Fillon sowohl die Europäische Union als auch Russland falsch. Eine exklusive Vereinbarung mit der Ukraine zeige, dass man das Land dem russischen Einfluss habe entziehen wollen. Nach der wirtschaftlichen wären die finanzielle Kooperation und dann die Eingliederung in die NATO erfolgt, erklärt der Präsidentschaftsbewerber. Diese Politik isoliere Russland und reduziere es auf das alte Feindbild. Die Verhandlungen mit der Ukraine hätten Putin vor Ausbruch der Krise erneut gezeigt, dass man mit dem Westen keine vertrauensvolle Beziehung aufbauen könne, erklärt Fillon. „Europa muss hart mit Russland verhandeln, Verletzungen der Menschenrechte sowie Korruption anprangern, aber Europa muss Russland auch zeigen, dass es es respektiert und ihm gegenüber an ehrlichen und klaren Positionen festhält.“ Es brauche viel Geduld und Zeit, um die momentane Situation zu verbessern.

Für ein unabhängiges Europa

Um gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ gewinnen zu können, sei es zudem wichtig, der muslimischen Welt zu zeigen, dass der Westen nicht nur alleine agiert. Dazu gehöre laut Fillon aber auch, dass die Türkei keine Dschihadisten mehr über ihre Grenze lässt und endlich die kurdische Frage lösen muss. Die Golfstaaten müssten außerdem auch ihre Rolle klären und nicht Interventionen fordern, während sie gleichzeitig die Augen vor den Finanzströmen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ verschließen. Israel wird von Fillon nicht ausführlich beleuchtet. Er weist lediglich darauf hin, dass das Land eine vernunftgeleitete Lösung für seine eigene Zukunft finden müsse.

Frankreich müsse sich entscheiden, ob es weltweit in der ersten Reihe oder dahinter agieren wolle. Zweifellos werde dies im Rahmen der NATO geschehen. Weiter äußert sich Fillon jedoch nicht zur künftigen

Rolle des westlichen Militärbündnisses. Zusammen mit Großbritannien und Deutschland müsse sich Frankreich in der Verteidigungspolitik aber mehr koordinieren. Zwar sei eine europäische Armee keine Lösung, doch müsse Deutschland auch mehr militärische Verantwortung übernehmen. „Ich kann nicht mehr akzeptieren, zuzusehen, wie Deutschland einen wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg an den anderen reiht und sich dabei auf Washington und die NATO zu seinem Schutz verlässt“, kritisiert der Präsidentschaftsbewerber. Nach den Anschlägen auf die Satirezeitung Charlie Hebdo und einen Supermarkt im Januar 2015 habe er sich mehr Engagement von Deutschland erhofft. „Angela Merkel hat Mitgefühl bewiesen, aber ohne jemals in Betracht zu ziehen ihre Streitkräfte in einen Kampf zu schicken, in dem die französischen Soldaten alleine sind.“ Da sein Buch vor den Attentaten vom 13. November 2015 erschienen ist, geht er auf die neueren Entwicklungen nicht ein.

Ansonsten spricht Fillon nur wenig über Deutschland oder die deutsch-französische Freundschaft. Deutschland dient ihm eher nur als Beispiel, das ab und zu auftaucht um zu verdeutlichen, welche Reformen beim Nachbarn alle geglückt sind. Ansonsten geht es ihm mehr um ein starkes Frankreich in einem starken Europa.

Deswegen müsse Europa geschlossener und unabhängiger agieren. Die EU dürfe nicht länger die Dominanz der USA mit ihrer Währung, Wirtschaft und Diplomatie zulassen. Überhaupt spricht sich Fillon für eine größere Distanz zu den USA aus. Deutschland agiere immer noch wie ein Land, das schutzbedürftig sei. So habe die Bundesregierung seiner Meinung nicht angemessen auf die Meldung reagiert, dass der US-Nachrichtendienst NSA das Handy der Bundeskanzlerin abgehört habe.

Fillon berichtet von mehreren Treffen, die er seit 2012 mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte. „Er empfängt mich jedes Mal ausgesprochen freundlich und achtet dabei nicht auf die Zeit“. Schäuble spreche Französisch, er kenne und liebe Frankreich. Als Fillon ihm sein Projekt für Europa vorstellte, habe Schäuble folgen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

AUTOR

Monat 2007

Platz für Verlinkung

www.kas.de

des gesagt: „Sie haben Recht, aber wir können nicht gegen die Amerikaner handeln, da sie für unsere Sicherheit sorgen.“ Diese Antwort habe ihn überrascht, erklärt Fillon und kritisiert Schäubles Satz mit den Worten. „Deutschland ist erwachsen geworden, aber lebt immer noch unter dem Dach seiner Eltern.“

Die Eurozone braucht dem früheren Premierminister zufolge eine Wirtschaftsregierung. Der Euro müsse eine „echte Reservewährung“ werden. Innerhalb von fünf Jahren solle die Höhe der Steuern und innerhalb von zehn Jahren das Steuerwesen der Unternehmen in den Euro-Ländern harmonisiert werden. Hinzu kommt, dass Europa energieunabhängiger von Russland werden müsse. Deutschlands Ausstieg aus der Atomenergie nennt Fillon eine emotionale Entscheidung, die falsch gewesen sei.

Auch Schengen muss sich für Fillon verändern. Zwar will er den freien Personenverkehr nicht abschaffen oder gar aus dem Schengen-Raum austreten, doch fordert er eine Neuverhandlung: ein neuer Vertrag, der die Schaffung einer Grenzarmee beinhaltet, ein einheitliches Computersystem zur Registrierung und zur Kontrolle von Einreisenden wie Flüchtlingen und eine bessere Überwachung der Hauptwege für Migration. Und für die Länder, die ihre Aufgaben nicht wahrnehmen, müsse es Sanktionen geben – diese spezifiziert Fillon wiederum nicht.

Einer von vielen

Falsch ist für Fillon vor allem die bisherige Politik von Präsident Hollande, der aus seiner Sicht bisherige Stillstand. Er würde Frankreich sofort umkrempeln, wenn er könnte. Fillon stellt sich als Macher dar, als jemand, der die Politik mit Distanz sieht, kritisiert, dass viele sich auf ihren Wahlerfolgen erst einmal ausruhten, bevor sie agierten. Er betont häufig, dass Charles de Gaulle mutige Entscheidungen habe treffen müssen und mit Referenden das Volk befragt habe. Diese Art des Regierens möchte er fortsetzen. Dafür wirbt er mit seiner Erfahrung unter Premierminister Edouard Balladur und den Staatspräsidenten Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy.

Fillons Programm kann als neoliberal gesehen werden. Seine größten Konkurrenten um die Präsidentschaftskandidatur sind zurzeit der Parteivorsitzende und frühere Präsident Nicolas Sarkozy, der Bürgermeister von Bordeaux und frühere Premierminister Alain Juppé sowie Bruno Le Maire. In einer Umfrage vom Januar 2016 liegt Fillon mit 12 Prozent Zustimmung auf Platz drei – hinter Alain Juppé (38 Prozent) und Nicolas Sarkozy (29 Prozent). Der eine oder andere Kommentator verweist dann auf François Hollande, der ein Jahr vor der Wahl 2012 weit abgeschlagen war und dann doch Präsident wurde. Eins steht auf jeden Fall fest: François Fillon gehört zu einem der ersten, die schon ein detailliertes Regierungsprogramm vorweisen können.